

**Hubert Schulte**

**Zur Debatte  
über die Aufteilung der Umsatzsteuer unter den Ländern**

Vorlage für die MPK am 10. Juli 2015

➤ Zu den Zielen der Neuordnung:

„NRW will wieder als Zahlerland gelten.“

➤ Als Teil der Lösung:

„Der Umsatzsteuervorwegausgleich wird abgeschafft“

➤ Als Ergebnis:

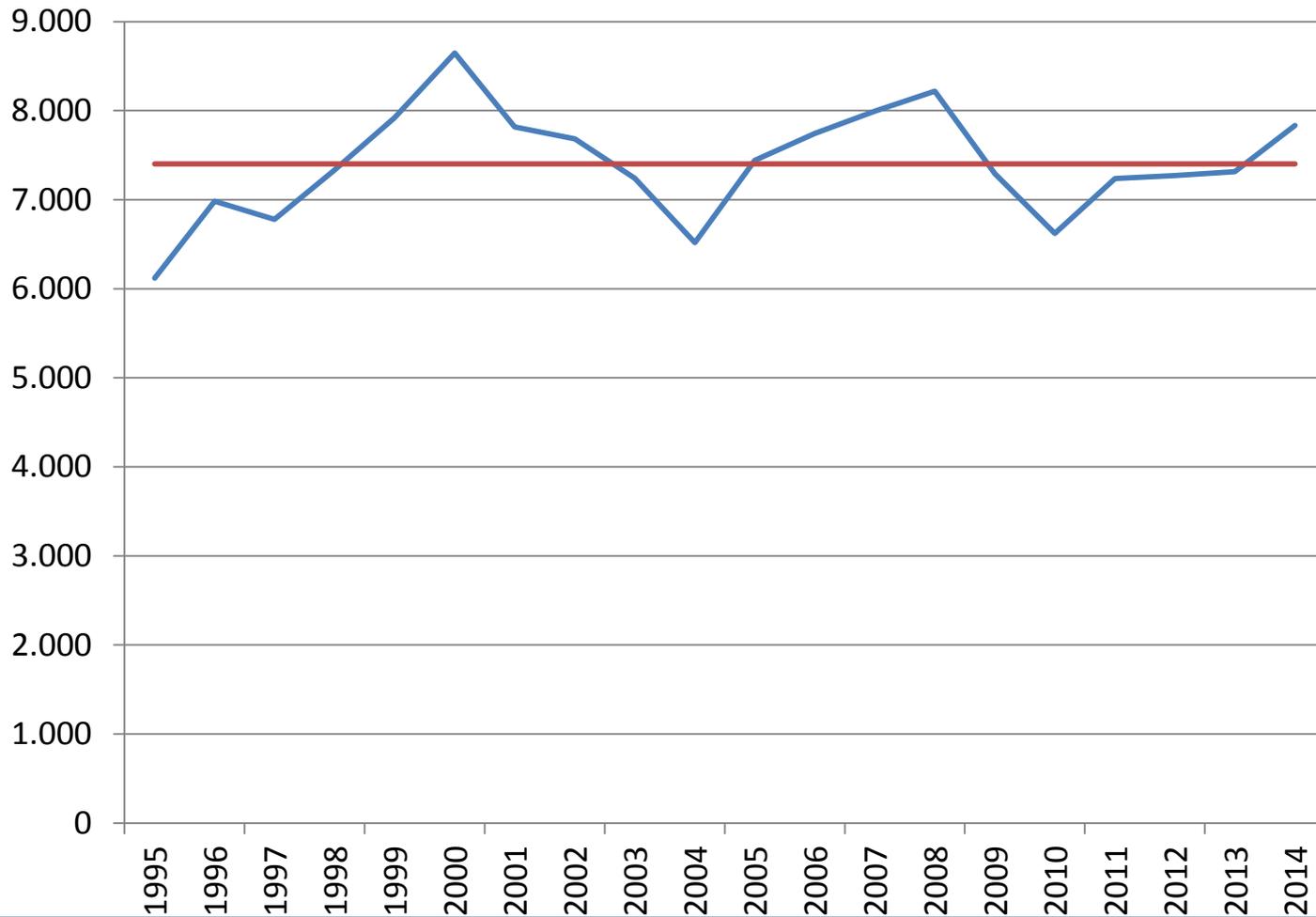
„NRW wird Zahlerland“

## Das geltende System der Aufteilung der Umsatzsteuer unter den Ländern:

- Grundsätzlich (mind. 75 %) nach Einwohnerzahl
- Bis zu 25 % als Ergänzungsanteile an Länder mit Steuerkraft unter dem Durchschnitt der Länder
- Bezugspunkt: Steuereinnahmen der Länder (ohne Gemeindesteuern)
- Tarif zur Auffüllung:
  - Fehlbetrag bis 97 % des Länderdurchschnitts: Auffüllung zu 95 %
  - Fehlbetrag von 97 bis 100 %: Auffüllung mit Prozentsatz, der von 95 auf 60 % fällt.
- Volumen der Ergänzungsanteile 2014: 12,8 Mrd. €
- Umverteilungseffekt im Vergleich zur vollständigen Verteilung nach Einwohnerzahl: 7,8 Mrd. €, davon 7,0 Mrd. € für die neuen Länder

# Umsatzsteuerausgleich unter den Ländern

## Entwicklung des Ausgleichsvolumens 1995-2014 (in Mio. €)

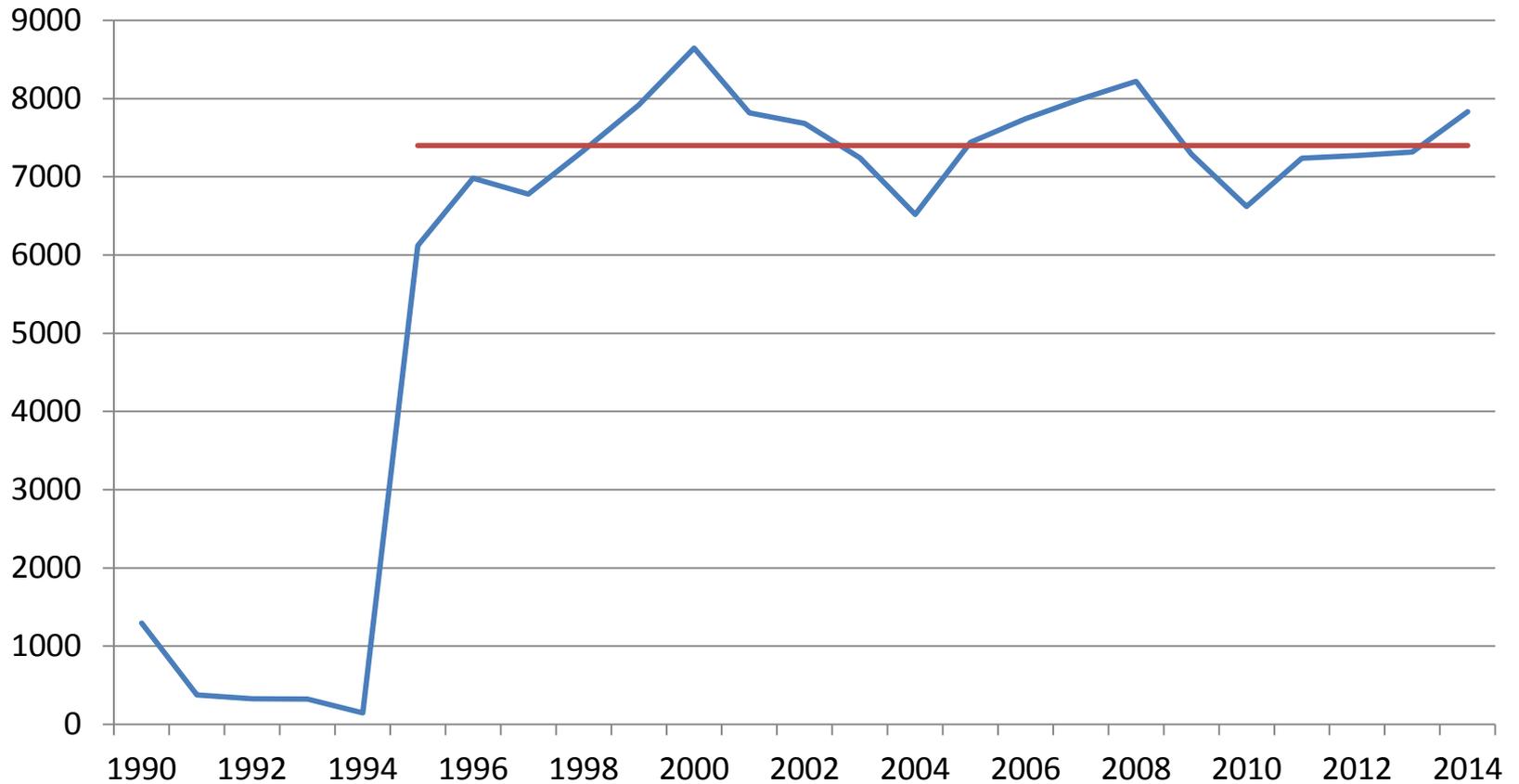


Jahrbuchtagung

Leipzig, September 2015

# Umsatzsteuerausgleich unter den Ländern

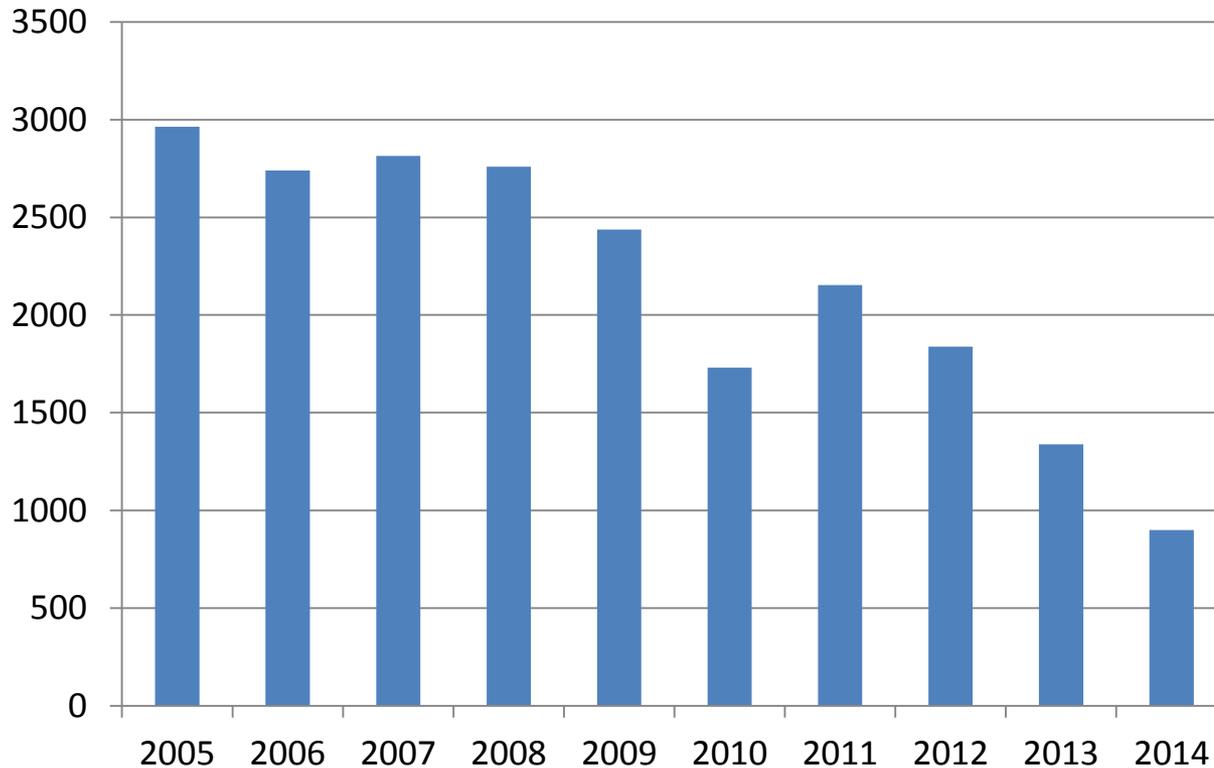
## Entwicklung des Ausgleichsvolumens 1990-2014 (in Mio. €)



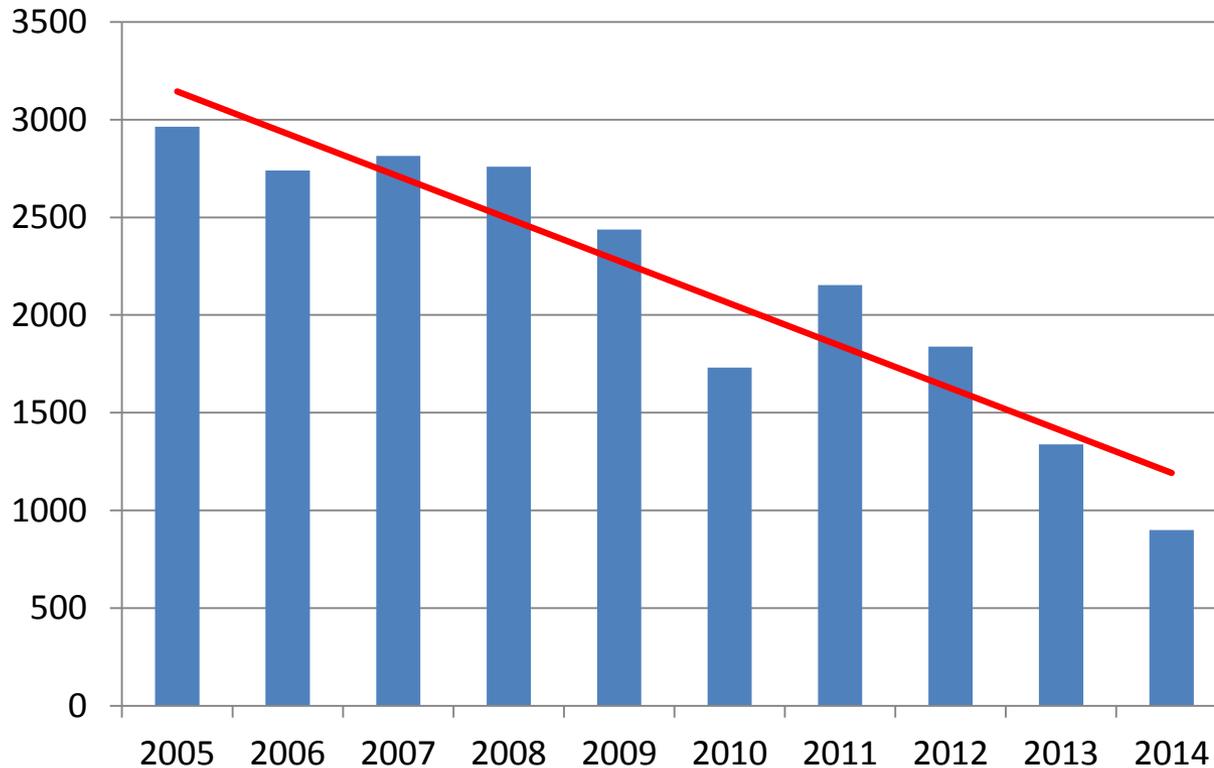
## Die Regelung der Umsatzsteuerverteilung von 1995

- Vorabauffüllung sollte neue Länder „finanzausgleichsfähig“ machen (Volumen 1995: 6,1 Mrd. €; 1996: rd. 7 Mrd. €)
- Refinanzierung durch Abtreten von 7 Umsatzsteuerpunkten durch den Bund (Volumen 1995: 8,4 Mrd. €)
- Mehrbelastung NRW aus Umsatzsteuerverteilung für neue Länder: 1,7 Mrd. €; Kompensation durch Umsatzsteuerpunkte: 1,8 Mrd. €
- Beträge durch Landesregierung noch 2013 bestätigt
- Fazit: Leistungen im Umsatzsteuerausgleich haben eine völlige andere Qualität als Leistungen im LFA

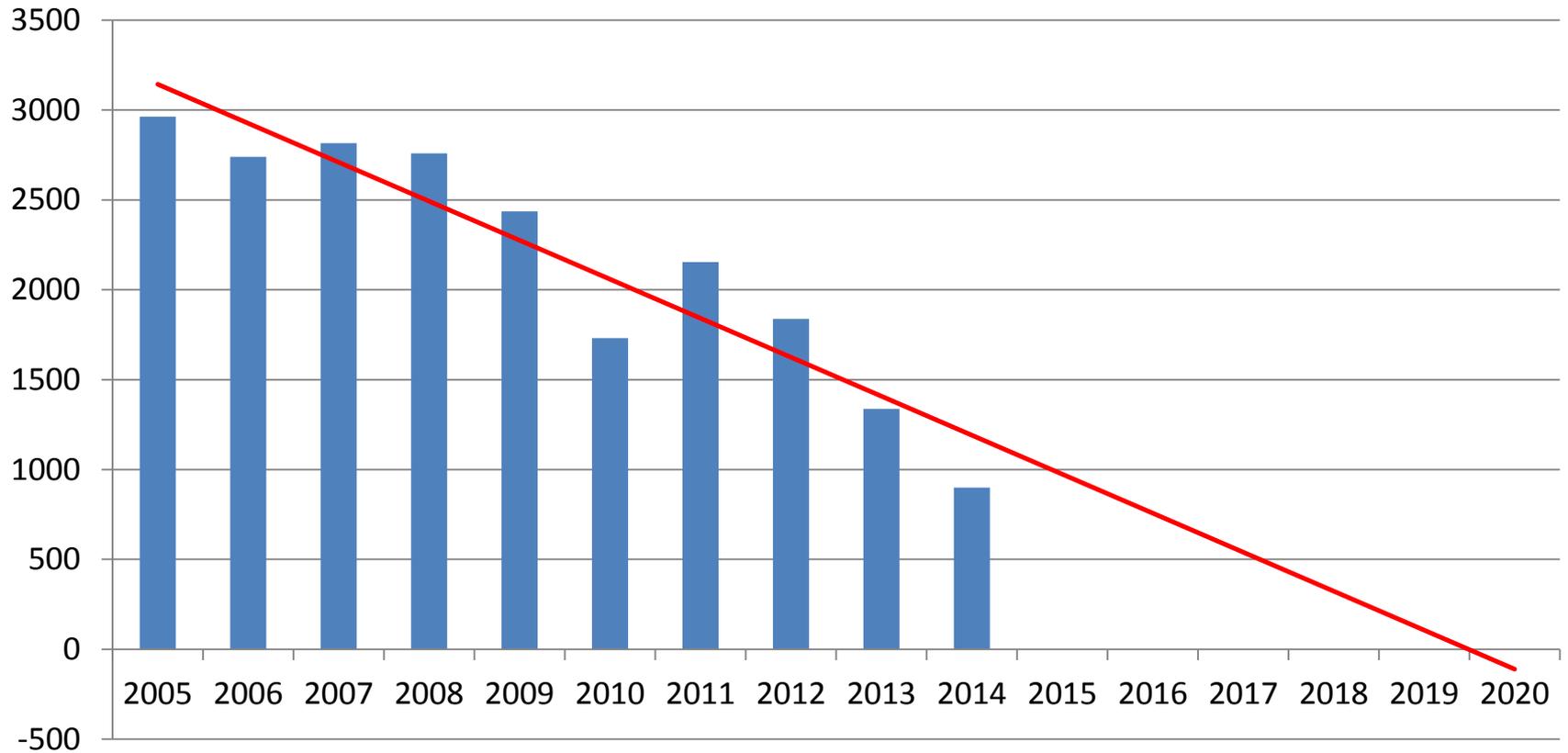
# Netto(zahler)position des Landes NRW aus USt-Ausgleich, LFA und BEZ 2005-2014 in Mio. €



# Netto(zahler)position des Landes NRW aus Ust-Ausgleich, LFA und BEZ 2005-2014 in Mio. €



# Netto(zahler)position des Landes NRW aus Ust-Ausgleich, LFA und BEZ 2005-2014 in Mio. €



## Aussichten für 2020 ...

- Im geltenden Recht:
  - In der Abrechnung für 2014 wäre NRW schon bei einem Absinken der relativen Steuerkraft (ohne Umsatzsteuer) um rund 2 Prozentpunkte kein „Nettozahler“ mehr
  - Zum Vergleich: Absinken um rund 10 Prozentpunkte seit 2005
- Im Modell für die MPK vom 10. Juli:
  - NRW wäre 2020 Zahler mit rund 300 Mio. €
  - Das entspricht einer überdurchschnittlichen Finanzkraft von rund 450 Mio. €, d.h. rund 1 % der gesamten Steuerkraft (ohne Umsatzsteuer) von rund 45 Mrd. €
  - bei Verlust von 1 % im Gesamtzeitraum 2014-2020 wäre NRW auch 2020 wieder Empfänger
  - Zum Vergleich: Jährlicher Verlust seit 2005 ebenfalls 1 %
- Fazit: Der zentrale Streit richtet sich auf eine Frage, die bei Inkrafttreten des Gesetzes schon völlig irrelevant sein könnte!

# Negative Auswirkungen einer Abschaffung des Umsatzsteuerausgleichs

- Negative Auswirkungen auf die neuen Länder (Schwächung des originären Steueraufkommens, verstärkte Abhängigkeit von Zuweisungen bei LFA und BEZ)
- Massiv erhöhte Beiträge der Zahlerländer erhöhen Streitanzahl (erneute Verfahren vor dem BVerfG drohen)
- Lösung des Scheinproblems verhindert Klärung der wirklich relevanten Fragen wie kommunale Finanzsituation (Kassenkredite, Sozialausgaben) und Infrastrukturausstattung

## Zusammenfassung

- Die Leistungen im Umsatzsteuerausgleich haben eine grundsätzlich andere Qualität als die LFA-Beiträge, weil sie vom Bund refinanziert werden. Deshalb verbietet sich eine schlichte Addition.
- NRW wäre wahrscheinlich schon beim Inkrafttreten des neuen Finanzausgleichs auch in neuer Definition kein Zahlerland mehr.
- Die Abschaffung des Umsatzsteuerausgleichs schwächt qualitativ die Steuerausstattung der neuen Länder.
- Durch die – optisch – stark erhöhten Ausgleichsleistungen der Zahlerländer wird der Keim für neue Auseinandersetzungen gelegt.
- Die Befassung mit dem Umsatzsteuerausgleich und der „Zahlerrolle“ von NRW verhindert die Konzentration auf die – auch für NRW - wirklich relevanten Themen.